

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik

Nr. 18 – 22. Februar 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschiene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

1. **Parlamentarische Initiativen**
2. **Themen**
 - 2.1. **Bürgerhaushalt**
 - 2.2. **Kommunalfinanzen**
 - 2.3. **Daseinsvorsorge**
 - 2.4. **Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
 - 2.5. **Gesundheit und Soziales**
 - 2.6. **Kinder**
3. **Veranstaltungen**
4. **Veröffentlichungen**
5. **Kontakte**

1. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Umsetzung des nationalen Aktionsplans gegen Rassismus

<http://dip.bundestag.de/btd/16/037/1603795.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichsleistungen im Bereich der Schülerbeförderung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/040/1604053.pdf>

Antwort auf schriftliche Anfragen von Sabine Zimmermann zu 1-Euro-Jobs (S. 4-5)

<http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604134.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Verbot von Telefonwerbung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher

<http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604156.pdf>

Jahreswirtschaftsbericht 2007 der Bundesregierung (Kommune: u.a. Seite 31, 44, 67, 93, 102)

<http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604170.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus erstellen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604201.pdf>

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604205.pdf>

Entschließungsantrag der Linksfraktion zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604221.pdf>

Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604289.pdf>

2. T h e m e n

2.1. Bürgerhaushalt

Die zweite Runde des Bürgerhaushaltes in Lichtenberg ist abgeschlossen

Am 17. Februar 2007 fand in Berlin-Lichtenberg die Abschlussveranstaltung zum Bürgerhaushalt für 2008 statt. Etwa 500 Bürgerinnen und Bürger haben an der Veranstaltung teilgenommen, damit 200 mehr als ein Jahr zuvor beim ersten Durchlauf des Bürgerhaushaltes.

Zu Beginn der Veranstaltung informierte Christina Emmrich, die Bürgermeisterin des Bezirkes Lichtenberg, darüber, dass das Bezirksamt und die Verwaltung regelmäßig über die Umsetzung der Vorschläge aus dem letzten Bürgerhaushaltsprozess berichten werden, so u.a. über das Internet. Und sie stellte die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und Schlussfolgerungen für den Bürgerhaushalt 2009 dar.

<http://www.brangsch.de/partizipation/bhhlibe0708.htm>

2.2. Kommunalfinanzen

Deutscher Städtetag legt Finanzdaten für die Jahre 2006 und 2007 vor

Die Finanzlage vieler Städte hat sich im Jahr 2006 verbessert, vor allem durch einen starken Zuwachs der Gewerbesteuereinnahmen. Gleichzeitig ist der jahrelange Rückgang der kommunalen Investitionen gestoppt, allerdings auf niedrigem Niveau. Dramatisch hoch bleiben dagegen die Kassenkredite, und auch die Sozialausgaben sind erneut gestiegen. Für das Jahr 2007 rechnen die Kommunen mit einem geringen Zuwachs der Steuereinnahmen und einem etwas stärkeren Plus bei den Investitionen. Das geht aus der aktuellen Jahresprognose der kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise hervor, die der Deutsche Städtetag heute in Berlin veröffentlichte.

<http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2007/7.pdf>

<http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2007/6.pdf>

Städtetag zur Unternehmenssteuerreform

Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass die große Koalition durch den vergangene Woche vorgelegten Referentenentwurf zur Unternehmenssteuerreform die Gewerbesteuer als wichtigste städtische Steuer stabilisieren will. Ein endgültig positives Urteil wollen die Städte jedoch erst abgeben, wenn nachgewiesen wird, dass die Städte durch die Reform – wie zugesagt – tatsächlich keine Einnahmen verlieren.

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/pressedienst/artikel/2007/02/14/00442/index.html>

2.3. Daseinsvorsorge

Erneutes Bürgerbegehren gegen Privatisierung in Mülheim

In Mülheim an der Ruhr startet am Samstag zum zweiten Mal ein Bürgerbegehren gegen die Übertragung von Gesellschaftsanteilen, Gebäuden oder deren Betrieb in Bereichen der so genannten „Daseinsvorsorge“. Gemeint sind damit insbesondere Besitz und Betrieb von Einrichtungen in Bereichen wie Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung oder öffentlicher Personennahverkehr.

Vor knapp zwei Jahren hatten in einem Bürgerentscheid 82,4 Prozent der abstimmenden Mülheimer dagegen votiert, im Bereich dieser Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile an private Unternehmen zu übertragen. Die Stadt ist rein formal nur zwei Jahre an diesen Bürgerentscheid gebunden, die Bindungswirkung läuft Ende Februar aus. Deshalb hat die Mülheimer Bürgerinitiative (MBI) jetzt ein neues Bürgerbegehren gestartet, um einen erneuten "vorbeugenden" Bür-

gerentscheid gegen eventuell in Zukunft stattfindende Privatisierungen zu erreichen. Ein ähnliches Bürgerbegehren steht derzeit in Essen kurz vor der Einreichung der Unterschriften.
<http://www.mehr-demokratie.de/nrw.html>

2.4. Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung **Bürgerbüro für Stadtentwicklung Hannover**

"Voraussetzung für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung sind ein offener, transparenter und variabler Planungsprozess und die Begleitung durch methodisch geschultes Personal", fasst Petra Metsch vom Bürgerbüro Hannover ihre Erfahrungen zusammen. Und die gehen bereits einige Jahre zurück. Denn schon 1995 hatte die Stadt Hannover in einem Ratsbeschluss entschieden, die Bürgerinnen und Bürger in die weitere Entwicklung der Stadt einzubeziehen. Dies sollte durch eine mit Fragen der Stadtentwicklung befasste Anwaltsplanung gelingen. Kurz darauf erfolgte die Gründung des Bürgerbüros Stadtentwicklung.

<http://www.gute-beispiele.net/multiplex.php?path=sidenav/suche/&page=projektansicht&pid=1274>

Bundesagentur bestätigt: Viele ALG-II-Betroffene müssen Wohnkosten aus der Regelleistung bestreiten

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat eine Statistik über die tatsächlichen und die anerkannten Wohnkosten der Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II vorgelegt. Damit ist amtlich bestätigt, dass viele Betroffene einen Teil ihrer Wohn- und Heizkosten aus der Regelleistung oder – falls sie einen Nebenjob haben – Einkommensfreibeträgen begleichen.

http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2007/wohnkosten_anne-ames.aspx#fn1

2.5. Gesundheit und Soziales

Eine aktuelle Einschätzung zum Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag ist zu finden unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7779046227.pdf>

Zusammenarbeit für eine europäische Initiative für ein Recht auf Wohnen

Die Initiative wurde auf dem Europäischen Sozialforum im Mai 2006 gestartet. Am 2. Februar 2007 trafen sich Vereine, soziale Bewegungen und gewählte Vertreter/innen in Bobigny und verabschiedeten einen gemeinsamen Aktionsplan.

<http://www.habitants.org/article/archive/435/>

2.6. Kinder

Städte bekennen sich zum Ausbau der Kinderbetreuung – Bund und Länder müssen solide Finanzierung sichern

Die Städte wollen den Ausbau der Kinderbetreuung konsequent fortsetzen und so einen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft leisten. Der Deutsche Städtetag appellierte in Wolfsburg an Bund und Länder, dafür die notwendige solide Finanzierung sicherzustellen.

<http://www.staedtetag.de/10/presseecke/pressediens/artikel/2007/02/14/00443/index.html>

3. V e r a n s t a l t u n g e n ¹

23. bis 24. März

Jugendliche gestalten ihre Zukunft in der Gemeinde mit – neue Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Veranstalter: ökologische Akademie

Ort: München

Info: oekologische-akademie@gmx.de Tel.: (0)8027 1785

26. März 2007

Innerstädtische Freiraumplanung mit und für Kinder und Jugendliche

Veranstalter: Gartenakademie Baden-Württemberg e.V. in Kooperation mit Städtetag und der Stadt Heidelberg

¹ In dieser Rubrik werden nur Veranstaltungen aufgenommen, die noch nicht im Bundesweiten Veranstaltungskalender stehen und der unter www.pds-kommunalpolitik.de zu finden ist.

Ort: Heidelberg

Info: http://www.gartenakademie.info/pdf/0703_Freiraumplanung.pdf

Achtung! Vorankündigung – Bitte bereits jetzt in den Kalender eintragen
14. April 2007, 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Ort: Bremen
Kommunalpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag – Öffentliche Daseinsvorsorge braucht öffentliches Eigentum

4. Veröffentlichungen

Mobilität, Gesundheit, Umweltschutz: Kommunalen Verkehr unter Handlungsdruck Dokumentation der Fachtagung "Stadt der Zukunft: kommunal mobil" am 9./10.10.2006 in Dessau

Hrsg. von [Tilman Bracher](#), 2007. Bd. 1, 152 S., Schutzgebühr Euro 20, ISBN 978-3-88118-427-4

Die in diesem Band dokumentierte Fachtagung „Stadt der Zukunft: kommunal mobil. Handlungsspielräume für Mobilität, Gesundheit, Umweltschutz“ vom Herbst 2006 in Dessau bot den Kommunen ein Forum, ihre stadt- und verkehrsplanerischen Lösungen vorzustellen, zu diskutieren und Anregungen mitzunehmen. In 13 Fachbeiträgen präsentieren ausgewiesene Experten den Stand von Wissenschaft und Best Practice in Deutschland. Beispiele aus Bocholt, München, Bremen, Leipzig, Berlin und Kiel belegen: Trotz knapper Kassen, der demografischen Entwicklung und veränderter Rechtsvorschriften gibt es Handlungsspielräume und Erfolgsfaktoren für Mobilität – Gesundheit – Umweltschutz.

http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/4_06/02.phtml

Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Bd. II/2006

- Verwaltungsmodernisierung und die Logik der Politik. Auswirkungen des Neuen Steuerungsmodells auf das Verhältnis von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung
- Liberalisierung und Privatisierungen in den Kommunen – Steuerungsanforderungen und Folgen für Entscheidungsprozesse
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide – Folgen für den kommunalpolitischen Entscheidungsprozess
- Kommunen zwischen Staat und Markt: Lokalmodele und -reformen im internationalen Vergleich
- Verstetigung des Kommunalen Finanzausgleichs durch Einrichtung eines Stabilisierungsfonds. Eine finanzwissenschaftliche Bewertung des rheinland-pfälzischen Modells
- Städte und Regionen im Wettbewerb – ein Problemaufriss

http://www.difu.de/index.shtml?publikationen/dfk/de/06_2/welcome.shtml

Machbarkeitsstudie: Regionale Luftreinhalteplanung

Deutsches Institut für Urbanistik (bearbeitet von Cornelia Rösler, unter Mitarbeit von Vera Lorke
Im Auftrag des Regionalverbands Ruhr (RVR)

Die gesundheitsbezogenen Anforderungen an die Luftqualität erfordern von den Verantwortlichen auf allen Verwaltungsebenen Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffemissionen. Sie dienen nicht nur dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung, sondern leisten vor allem in den Städten auch einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität. Gemeinsam mit dem Regionalverband Ruhr und Kommunen des Ruhrgebiets, den betroffenen Landesministerien und Behörden sowie dem Städtetag Nordrhein-Westfalen hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Möglichkeiten und Chancen einer regionalen Luftreinhalteplanung für das Ruhrgebiet geprüft.

<http://www.difu.de/index.shtml?publikationen/>

5. K o n t a k t e

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Kommunale Koordination

Tel.: 030/227-52114

mobil 0174/9122351

fax 030/227-56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de